



Personalversammlung – Gerhard Kirsch spricht Klartext!

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Mitglieder der Behördenleitung und Polizeiführung, im November 2012 stand ich erstmals hier vor Euch, damals mit einem Ansatz, der in der Polizei lange schmerzlich vermisst wurde – nämlich die Probleme endlich gemeinsam anzugehen. Wir haben die Initiative ergriffen und in Sachen Freie Heilfürsorge zur Zusammenarbeit aufgerufen. Es ist klar, dass man den Schalther hierzu nach langen Jahren des zermürbenden Streits nicht einfach so umlegen kann – am Beispiel der Heilfürsorge ist es uns aber gelungen.“

Ich danke an dieser Stelle den Vertretern des BdK, der Feuerwehr und der DPoIG für die Erfolg versprechende Zusammenarbeit, die ganz sicher fortgeführt werden muss!

Wir können uns dies durchaus auch für andere Themenfelder vorstellen – wie z. B. die unsägliche Beförderungsproblematik, die massiven Personalstrukturprobleme, aber auch im Hinblick auf eine deutlich spürbare finanzielle Besserstellung des Schichtendienstes – insbesondere des Vierschichtendienstes.

Die GdP fordert seit Jahr und Tag die deutlich verbesserte finanzielle Vergütung des Dienstes zu ungünstigen Zeiten! Fünf Euro pro Stunde – ist die Forderung!

Dies ist alleine schon angesichts der aktuellen gravierenden Grundlastprobleme dringend erforderlich.

Wir haben in der Polizei Hamburg mittlerweile einen Zustand erreicht, der beim besten Willen von keinem mehr schöngeredet werden kann. Das machen ja selbst die Amts- und Behördenleitung nur selten – nein! – sie sagen zumeist gar nichts und bewegen sich nur dann, wenn massiver

Druck ausgeübt wird – das war augenfällig, als wir die Themen „Behandlung von Dienstunfällen“, „Alimentierung der HdP-Studenten“, „Freie Heilfürsorge“ **oder jetzt aktuell** die „Grundlastproblematik“ in den Schichten der PK/WSPK, mit mehreren Flugblättern auf die Tagesordnung brachten!

Von alleine kommt da gar nichts – und da das so ist, ist unsere Initiative zur konzertierten Zusammenarbeit aller Berufsvertretungen umso wichtiger!

So legten wir als Aktionsbündnis „Freie Heilfürsorge“ in der Innenbehörde unsere Berechnungen vor – offenbar waren die gar nicht so abwegig – war sie doch die erste fundierte Grundlage, auch für die Innenbehörde, die bis Anfang Juni 2013 nur oberflächliche Berechnungen angestellt hatte.

An dieser Stelle einen persönlichen Dank an einen der jungen Gewerkschafter, der selbst betroffen ist, und für das Aktionsbündnis fundierte Berechnungen erstellt hat. – Dafür ganz herzlichen Dank an den Kollegen Andreas Anhorn!

Sehr geehrter Herr Senator, eigentlich hatten viele die Erwartungshaltung, dass es Ihnen auf ihrer 3. Personalversammlung endlich gelingt – nach Jahren der Ankündigungen – hier einen Vorschlag vorzulegen – wir werden es dann wohl als Aktionsbündnis am 5. 9. 2013 erfahren – da sind wir aber gespannt.

Ihr Angebot zur Wiedereinführung der Heilfürsorge für alle wird von uns zur Kenntnis genommen! Umso erfreuter sind wir, dass es Ihnen auf Ihrer mittlerweile 3. Personalversammlung endlich gelungen ist, einen Entwurf vorzulegen. Wir werden diesen Entwurf sehr sorgfältig prüfen.

Heilfürsorge

Eine Erhöhung der Eigenbeteiligung oder gar die Senkung des Leis-

tungsniveaus wäre für uns eine Provokation – weil dies eine weitere unzumutbare Belastung aller Mitarbeiter bedeutet.

Was nämlich weitgehend nicht bekannt ist: Bereits jetzt subventionieren die Heilfürsorgeberechtigten mit ihrer Eigenbeteiligung den Haushalt, in dem sie jährlich 4,5 Mio. Euro beim Finanzsenator abliefern!

Das ist unser Geld, das unmittelbar zur Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge einzusetzen ist.

Noch mal zur Erinnerung: Die Freie Heilfürsorge ist nicht etwa ein Geschenk, sondern der materielle Ausdruck der besonderen Fürsorgeverpflichtung des Dienstherrn gegenüber seinen Vollzugsbeamten der Polizei und Feuerwehr. Denn nur diese haben den Eid geleistet, notfalls unter Einsatz ihres Lebens ihre dienstlichen Pflichten zu erfüllen – und das unterscheidet uns von Finanzbeamten, Lehrern und Beamten in der Kulturbehörde!

Ein zweiter wesentlicher Grund für die Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge ist – ich wiederhole es mittlerweile täglich wie eine tibetische Gebetsmühle – die Steigerung der Attraktivität des Polizei- und Feuerwehrberufs.

Und wie ist die Situation zurzeit?

Unseren jungen Kolleginnen und Kollegen der Besoldungsgruppe A 7 werden von ihrem ohnehin schon schmalen Nettogehalt noch bis zu 250 Euro für die Krankenversicherung abgezogen – das ist skandalös und unerträglich – auch im Hinblick auf die soziale Spaltung innerhalb der Mitarbeiterschaft!

Denn es muss der Grundsatz gelten: Gleiches Geld für gleiche Arbeit! Das würde auch die Nachwuchsgewinnung bedeutend erleichtern.

Und nicht zu vergessen:

Bis jetzt wurden unsere jungen Kolleginnen und Kollegen, die sich in

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

der Beihilfe befinden, mit ihren Rechnungen, ihren Vorauszahlungen und mit dem enormen Kostenaufwand für die private Krankenversicherung allein gelassen.

Darüber hinaus sehen sich mehr und mehr unserer jungen Mitarbeiter genötigt, Nebenbeschäftigungen aufzunehmen, weil das Geld hinten und vorne nicht reicht – was für ein Armutzeugnis für diese Stadt.

Gewinner sind hier allein die privaten Krankenversicherer.

Verlierer neben den Kolleginnen und Kollegen ist auch die Innenbehörde, weil ihr Etat durch die Überalterung der Heilfürsorgeempfänger von Jahr zu Jahr mehr belastet wird.

Sehr geehrter Herr Senator Neumann:

Es ist Ihre Aufgabe, in der Hamburger Bürgerschaft die nötige Überzeugungsarbeit zu leisten – es dürfte ihnen ja auch nicht allzu schwerfallen – weil der jetzige Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft, Dr.

Andreas Dressel, am 17. 6. 2004 im Rahmen der Debatte zum Etat der Innenbehörde und zum Wegfall der Freien Heilfürsorge sagte:

Ich zitiere:

„In der letzten Legislatur ist diese Einsparoption zwischen Innen- und Finanzbehörde geprüft und verworfen worden. Noch im Juni (2004) hat die Finanzbehörde in einer Pressemitteilung verlauten lassen, dass Einschnitte bei der Heilfürsorge sich nach Prüfung aus sachlichen Gründen als nicht sinnvoll herausgestellt hätten!“ – Zitat Ende.

Und dann am 13. 12. 2004: „Aufgrund der harten, täglichen Einsatzbedingungen und der dadurch bedingten gesundheitlichen Risiken der Polizeibeamtinnen und -beamten ist die freie Heilfürsorge mehr als gerechtfertigt.“ ... Und weiter:

„Sie sind als Innensenator dafür da, sich vor die Polizei, vor die Feuerwehr zu stellen und Angriffe des Finanzsenators abzuwehren!“... gemeint war damals Herr Nagel! – Wie zeitlos doch solche Äußerungen sind!

4. Der unausgelegene ProMod-Prozess, der ohne vorherige Schwachstellenanalyse und eine umfassende Aufgabenkritik angestoßen wurde, um so vermeintlich überzähliges Personal zur Stärkung der Fläche zu rekrutieren.

Hierzu ist das letzte Wort mit Sicherheit noch nicht gesprochen – zumal von einer Stärkung der örtlichen Ebene vor dem Hintergrund der aktuellen Grundlastproblematik wohl kaum die Rede sein kann!

All diese Probleme können nicht separat voneinander betrachtet werden – alles hängt mit allem zusammen, Herr Senator und Herr Staatsrat!

Vor allem Sie, Herr Staatsrat Schieck, hätten als ausgewiesener Fachmann der Innenpolitik und heimlicher Polizeisenator sämtliche Entwicklungen – Sie sind ja gefühlt seit der Flutkatastrophe 1962 in der Innenbehörde tätig – erkennen können.

Und der Sportsenator träumt von einer Eventstadt Hamburg und unterhält die besten Sportkontakte nach Amerika, wahrscheinlich die intensivsten seit der Entdeckung dieses Kontinents – damit meine ich eher die Wikinger.

Ich unterstelle Ihnen, verehrte Behörden- und Amtsleitung, dass Sie genau wissen, was zu tun ist – das macht die Sache für uns als Gewerkschaft wahrlich nicht leichter – weil Sie sich – aus welchen Gründen auch immer – weigern, die entsprechenden Schlüsse zu ziehen und die zwingend notwendigen politischen Entscheidungen zu treffen! 2004 wussten Sie noch, was richtig ist.

Aus der Innenbehörde hört man ja gelegentlich, dass Berufsvertretungen und Gewerkschaften – also auch die GdP – die Hamburger Polizei in einem schlechten Licht erscheinen lassen.

Nein – anders herum wird ein Schuh daraus –, denn das schlechte Licht wird von einer Innenpolitik hervorgerufen, die hektisch nur Stückwerk produziert – und der die große Linie fehlt, um die Hamburger Polizei zukunftsfähig aufzustellen. Wir als Gewerkschafter sind nicht dazu da, die Dinge, die schlecht laufen, auch noch schön zu reden – wir sind nicht die Hofnarren der Politik. Von diesen Leuten, die die Interessen der Kolleginnen und Kollegen verkauft haben,

Weitere wichtige Probleme!

Herr Innensenator – wir lassen Sie aus dieser Verpflichtung nicht heraus, den damals vollkommen zu Recht von Ihrer Partei heftig kritisierten Fehler zu korrigieren!

Aber wir haben ja weitere gravierende Probleme in der Polizei Hamburg, die selbst bei aller Ignoranz von niemandem mehr geleugnet werden können. Als da wären:

- 1. Die komplexen Personalstrukturprobleme – ich nenne hier nur das Problem der „Überalterung“ des Personals, die Ausfallzeiten durch steigende Quoten in den Teil-, Eltern- und Erziehungszeiten, ohne dass hier konzeptionell mit einem Stellenpool entgegengewirkt wurde.**
- 2. Die mangelhafte materielle Attraktivität des Polizeiberufes in der Metropole Hamburg mit ihren hohen Lebenshaltungskosten und die dadurch verursachten Probleme in der Nachwuchsgewinnung!**
- 3. Das ungelöste Beförderungsdilemma – oder anders ausgedrückt, Beförderungen nach Kassenlage, die verlässliche Berufs- und Karriereperspektiven nicht zulässt.**



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96-0
Telefax (0 40) 28 08 96-18
E-Mail: gdp-hamburg@gdp-online.de
www.gdp-hamburg.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion:
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Tresckowstraße 31
20259 Hamburg
Telefon (0 40) 40 60 30
E-Mail: joernclassen@web.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438



GdP-POSITIONEN

hatten wir in der Vergangenheit genug!

Der Eindruck ist da, dass sich die Politik der Amts- und Behördenleitung von Tag zu Tag hangelt – und froh darüber ist, wenn ein Tag ruhig verlaufen ist – diese Tage werden weniger – das kann ich versprechen!

Wir sind gerne und jederzeit zur konstruktiven Zusammenarbeit auf Augenhöhe bereit – **aber eine Einbahnstraße ist das nicht!**

Was wir brauchen, ist eine strategische – auf die Zukunft orientierte – nachhaltige Neuausrichtung der Polizei – und dazu gehört auch eine vernünftige Aufgabenkritik und nicht so ein Konstrukt wie ProMod, der geradewegs die große Gefahr der Spaltung der Polizei eröffnet und mit einer Stärkung der Fläche offenkundig nichts zu tun hat.

Große Umwälzungen in diesem gesamten ProMod-Prozess betreffen auch die Kriminalpolizei. Kaum ein Kollege oder eine Kollegin ist hier von den anstehenden Veränderungen nicht betroffen.

Die Schaffung größerer Einheiten und Verlagerung von Zuständigkeiten sollen als Ziel haben, angeblich schlagkräftigere und effizientere Einheiten zu schaffen. Da bleibt jetzt abzuwarten, ob das gelingen wird.

Uns stellt sich aber jetzt die Frage, wie das damit zusammenpassen soll, dass gleichzeitig auf 40 SCH-Kolleginnen und -Kollegen verzichtet werden soll? Die haben nicht ein Refugium gefunden; sie leisten gute und unverzichtbare Arbeit. Ihr Weggang würde in der Kripo zu einer weiteren Arbeitsverdichtung führen.

Wir begrüßen allerdings ausdrücklich, dass die SGL/V-Funktionen jetzt wohl sicher eingeführt werden sollen. Allerdings ist hier noch unklar, welche Wertigkeit sie erhalten.

Für die Kriminalpolizei gilt darüber hinaus, dass die Unruhe und Verunsicherung bei den Kolleginnen und Kollegen des LKA-Neu mit Händen zu greifen ist! Seit über einem Jahr werden sie im Unklaren gelassen, in welchen Strukturen, Funktionen und auf welchen Stellenwertigkeiten sie zukünftig ihren Dienst verrichten sollen.

Insbesondere ist auch die Beförderungssituation bei K vor allem in den unteren Besoldungsgruppen – gelinde gesagt – bescheiden.

Selbst bei sehr gut beurteilten Sachbearbeitern dürfte es nach jetzigem Stand zu Verweilzeiten von bis zu zwölf Jahren in A 9 kommen.

Dies ist auch vor dem Hintergrund der Nachwuchsgewinnung und -förderung vollkommen inakzeptabel.

Die Unzufriedenheit bei den betroffenen jungen Kriminalbeamten ist gewaltig!

Der damit verbundene Motivationsverlust wird so kaum aufzuhalten sein!

Beförderungen und Personalentwicklungen

Die GdP fordert eine schnelle und spürbare Auflösung des Beförderungsstaus!

Und auch bei unseren Tarifbeschäftigten ist Holland in Not!

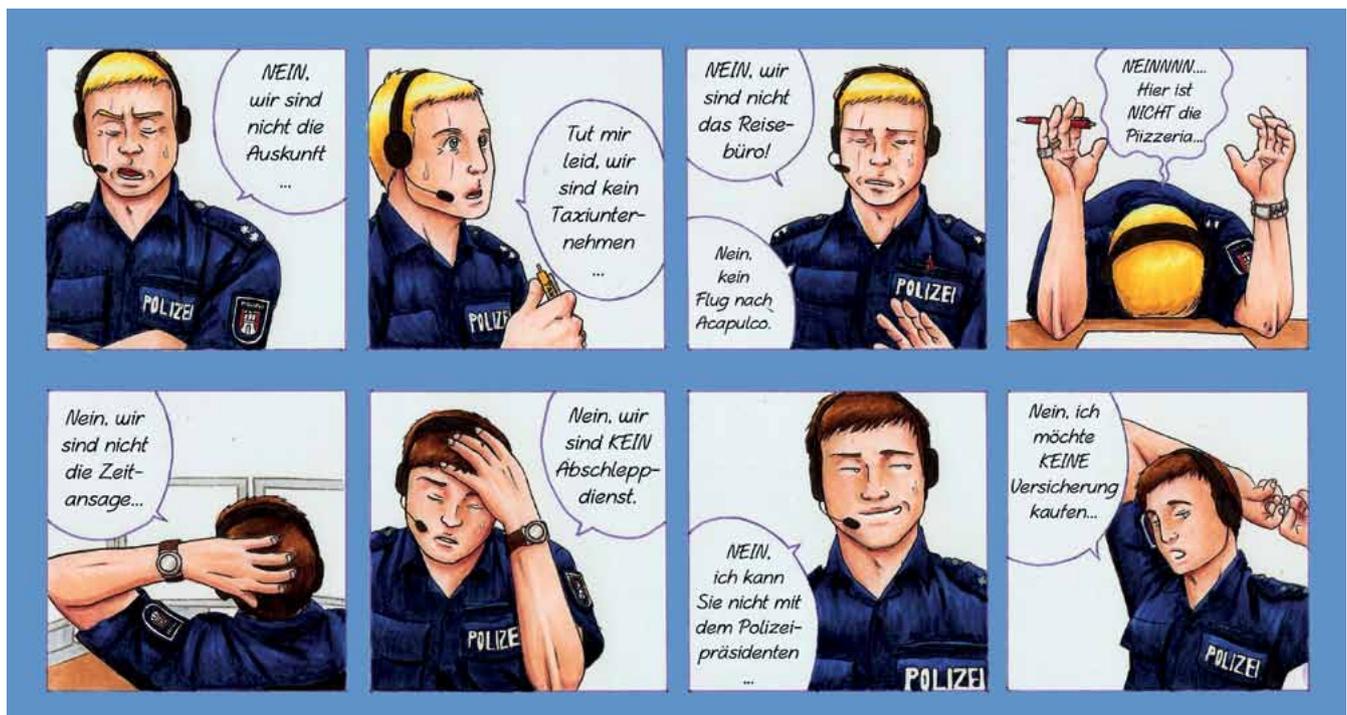
Der Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen spricht Bände. Beim ED und beim Gefangenentransport werden sie in einer Art und Weise behandelt, die aus unserer Sicht mit Führungskultur nichts – aber auch gar nichts – zu tun hat.

Wir haben uns um Hinblick auf ED und DGT klar, unmissverständlich und detailliert positioniert und die fachlichen Mängel der geplanten Regelung benannt.

Im Übrigen übersehen Sie bitte nicht die Allianz der Berufsvertretungen, verehrte Polizeiführung, die sich auch hier gebildet hat.

Fortsetzung auf Seite 4

NEUES AUS DER LEIDSTELLE



Zeichnungen: Vanessa Drossel/Idee: Niklas Dangschat



Fortsetzung von Seite 3

Auch die Nichtbesetzung von 31 Stellen bei der DE 14 führt nicht nur zu einer weiteren Belastung der Objektschutzkräfte, sondern gleichzeitig auch zu einer Aufgabenverdichtung in der Bereitschaftspolizei – und schlägt somit unmittelbar negativ auf die Präsenz vor Ort durch.

Jeder AiP, der fehlt, muss von Vollzugsbeamten ersetzt werden – das ist doch insbesondere vor dem Hintergrund der angekündigten Stärkung der Fläche ein Schildbürgerstreich!

Darüber hinaus müssen endlich vernünftige Berufsperspektiven für

die Tarifbeschäftigten im Vollzug und die Verwaltungsbeamten entwickelt werden – auch hier eine Baustelle, deren Behebung wir seit Jahren fordern und die endlich angepackt werden muss.

Auch die Frage befristeter Arbeitsverträge ist endlich anzugehen – es kann doch nicht sein, dass so viele Kolleginnen und Kollegen im Ungewissen gelassen werden – wie es mit Ihnen zukünftig weitergehen soll.

Was wir aber alle brauchen, ist Verlässlichkeit und Orientierung – auch Ihre Polizeiführer brauchen Orientierung und Führung, verehrte Amtsleitung – und wir alle brauchen die Ge-

wissheit, dass man unsere Leistungen nicht nur durch Sonntagsreden schätzt – sondern auch und insbesondere durch finanzielle Anerkennung! Um es mit den Worten eines Astronomen zu sagen: Was nützen viele Sterne auf der Schulter, wenn die Kasse nicht stimmt.

Personalstruktur

Und nun zu unseren gravierenden Personalstrukturproblemen:

Bekanntlich werden in den nächsten zehn Jahren mindestens 3000 aktive Kolleginnen und Kollegen in den wohlverdienenden Ruhestand verabschiedet.

Gleichzeitig haben wir es mit einer fortschreitenden Überalterung des Personalkörpers zu tun – mit der Folge, dass für das operative Kerngeschäft der Polizei bei K, SCH, WS und im Tarifbereich immer weniger uneingeschränkt vollzugsdienstfähige Mitarbeiter zur Verfügung stehen.

Hinzu kommt, dass der Anteil der Teilzeit- und Elternzeitbeschäftigungen weiter steigt – ganz abgesehen von der Krankheitsquote, die bereits jetzt bei alarmierenden zehn Prozent liegt. Da hat sich offensichtlich noch keiner die Mühe gemacht, die Gründe für diese Entwicklung zu ermitteln. – Wäre ja auch ein Ausdruck der Fürsorge – des Kümmerns – der neuen Führungskultur, auf die wir noch immer warten!

Weniger Personal bedeutet aber auch Arbeitsverdichtung, bedeutet mehr Kolleginnen und Kollegen, die überlastet sein werden, bedeutet eine weitere Verschärfung des Krankenstandes!

Der Senat hat eine verstetigte Einstellung von 250 Nachwuchskräften beschlossen – davon 200 im mittleren Dienst.

Das aber – und dafür muss man nicht „Gauß“ heißen, das ist bekanntlich der mit der verfluchten Kurve –, das aber wird nicht reichen, um die Abgänge zu ersetzen und die strukturelle Überalterung aufzuhalten.

Hier, verehrte Behördenleitung, haben wir in der Tat eine Kurve, die sie nehmen müssen!

Denn fliegen Sie aus dieser Kurve, dann müssen Sie – oder Ihr Nachfolger – der Öffentlichkeit in einer Maßstabskonferenz in eigener Sache sagen, welche Aufgaben die Polizei in Zukunft nicht mehr wahrnehmen kann. Die Forcierung der Eventstadt

POLIZEI Gewerkschaft der Polizei
DEIN PARTNER

www.polizeifeste.de
Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick

Fest der GdP

„Grünes Licht für gute Laune“



**Sgt. Feffers
Fun Fun Band**



Tin Lizzy



Silvia Amaru

16. November 2013

**20.00 Uhr, Einlass 19.30 Uhr
Grand Elysee Hamburg
Rothenbaumchaussee
20148 Hamburg**

EINTRITTSPREIS: **42,00 €**
(inkl. Buffet und Tombola)

KARTENVORVERKAUF/RESERVIERUNG:
Polizeisozialwerk Hamburg GmbH
Hindenburgstraße 49 · 22297 Hamburg
Telefon 040 / 280896-15

VERANSTALTER:
Polizeisozialwerk Hamburg GmbH
Eine Gründung der GdP



GdP-POSITIONEN

Hamburg kann man sich dann ohnehin abschminken! Fragen Sie nur mal die Kollegen der VD und PK, wie es jetzt schon aussieht!

Die GdP geht vielmehr davon aus, dass wir in den nächsten zehn Jahren mindestens 350 Neueinstellungen pro Jahr realisieren müssen, um der Überalterung nachhaltig entgegenzuwirken. Aber halt! Das ist ja auch nicht so einfach. Schon heute haben wir absehbar nicht genügend geeignete Bewerber, um 200 Neueinstellungen im mittleren Dienst zu realisieren. Warum denn wohl?

Das liegt doch nicht etwa an der A7-Besoldung abzüglich 250 Euro vom Nettogehalt für den Krankenversicherungsbeitrag?

Das liegt doch nicht etwa an den mangelnden Berufs- und Beförderungsperspektiven?

Was wir in dieser Situation brauchen, ist die sofortige Anhebung des Eingangsamtes für den gesamten Polizeivollzugsdienst.

Ein Eingangsamts A 8 beispielsweise würde 2,6 Mio. jährlich kosten – allein das Defizit der Gartenschau beträgt 26 Mio. – allein der jährliche Zuschuss der Innenbehörde an den HVV beträgt vier Mio. und der Aufwand für Feierlichkeiten und Schnickschnack aller Art kostet 100 Tausende Euro, VTL. Aus welchen Haushaltstiteln sie das Geld wieder her haben?

Also: mal ernsthaft, Herr Senator, wir haben kein Geld?

Nein, die Wahrheit ist: In dieser Stadt und auch in der Polizei wird nach wie vor Geld verschwendet!

Und genau dieses Geld ist in die Mitarbeiter und -innen zu investieren!!

Wie ich bereits zu Beginn ausgeführt habe, ist im Hinblick auf die andauernde und sich weiter verschärfende Grundlastproblematik eine deutliche finanzielle Besserstellung des Vierschichtendienstes unabdingbar.

Die GdP ist sich sicher, dass wir dann nicht zu Zwangsrekrutierungen à la 100er, 40er oder sonstiger Listen zur Stärkung der Fläche greifen müssen.

Verehrte Behördenleitung – wenn Sie so weitermachen, hat nicht nur die Deutsche Bahn ein Stellwerkproblem!

Legen Sie die Prioritäten deshalb auf

- die Verstärkung der Nachwuchsgewinnung,
- die Schaffung von verstetigten Beförderungs- und Berufsperspektiven,

– die deutliche finanzielle Besserstellung des Schichtdienstes.

Und nehmen Sie uns alle mit – denn ohne uns ist kein Staat und schon gar keine Polizei zu machen!

Und nun zum Abschluss:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die GdP bei der Personalratswahl 2014 mehrheitlich Euer Vertrauen bekommt, dann werden wir auch die Zusammenarbeit im Interesse aller Kolleginnen und Kollegen ohne Ausgrenzungen endlich auch im Personalrat voranbringen. Denn

wir haben die Kraft und vor allem den Willen dazu – und dann, Herr Personalratsvorsitzender, dürfen Sie sich ihren Redeplatz auf der nächsten Personalversammlung auch frei aussuchen – das ist versprochen!

Ich danke Euch herzlich für die Aufmerksamkeit!





Polizeisozialwerk

Hamburg GmbH

Eine Gründung der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg

**Wir haben eine tolle Silvester-Reise für Sie:
Traditioneller Jahreswechsel in Kampanien, Süditalien**



28. Dezember 2013 bis 04. Januar 2014

Erleben Sie den Jahreswechsel mit uns mal ganz anders, im traumhaft gelegenen Nationalpark Cilento. Es erwartet Sie eine Woche unter Italienern mit traditionellen Festen und Bräuchen.

Haben Sie Interesse? Ab €1222,- pro Person im Doppelzimmer haben Sie schon viele Leistungen inklusive: Flug ab Hannover, Transfer, 7 Übernachtungen im Agriturismo San Nazzario, Halbpension, Ausflugsprogramm und eine deutschsprachige Reiseleitung vor Ort.

Gerne erhalten Sie weitere Informationen von uns:

Polizeisozialwerk Hamburg GmbH

Hindenburgstr. 49

22297 Hamburg

Tel.: 040 / 28 08 96 22 und -23

Fax: 040 / 28 08 96 27

e-mail: psw-reisen-hamburg@gdp.de



GdP VOR ORT

Sommergrillfest, LPS-Sporttag und Infostände

Überall, wo sich unsere jungen Kolleginnen und Kollegen treffen, ist auch die GdP. Das sich vor allem die JUNGE GRUPPE der GdP um ihre Interessen kümmert, ist unbestritten. Und dies mit großem Engagement, das neben dem normalen Dienst geleistet wird. Dafür gilt der Dank des Landesvorstands ausdrücklich allen, die sich daran beteiligt haben.

Sommergrillfest am PAZ

Herrliches Wetter, kühle Getränke, ein heißer Grill und dazu Livemusik der Band UMUTE direkt am PAZ. Be-



Die UMUTE-Band

reits kurz nach dem offiziellen Unterrichtsende fanden sich zwischen PAZ und HSG fast 200 Kollegen und Kolleginnen ein. Das Orga-Team unserer JUNGEN GRUPPE hatte innerhalb weniger Tage eine insgesamt sehr runde Veranstaltung auf die Beine gestellt.



Ein angenehmer Nachmittag auf dem Sommerfest der GdP

Die UMUTE-Band, alles Kollegen aus der Hamburger Polizei, zum Teil noch in der Ausbildung, boten über mehrere Stunden tolle Livemusik.

Dazu rundeten Informationsangebote der GdP Hamburg, Fleisch, Wurst und Salate sowie Getränke die Veranstaltung ab. Und neben vielen Fragen rund um das Angebot und die Leistungen der GdP stand im Fokus vor allem: Wann gibt es das nächste Sommergrillfest?

Sport und Spaß im Stadtpark



Viel Sport braucht viel Versorgung, hier durch die GdP.

200 Schülerinnen und Schüler im Stadtpark, ein großer Sandkasten, die



Vor allem die Getränke von Body Attac fanden reißenden Absatz.

Laufbahn der Jahnkampfbahn und dazu: ein breites Angebot der GdP Hamburg. Isotonische Getränke, Obst und die eine oder andere Süßigkeit halfen den Sportlerinnen und Sportlern über den Tag. Der Dank geht an die vielen Helferinnen und Helfer, die diese Aktion der GdP möglich machten, dazu zählt auch das große Engagement von „Body Attac“.

Regelmäßige Infostände der GdP in der Pausenhalle

Wer neu in einem Beruf beginnt, braucht neben vielen Informationen



Der neue GdP-Kommunikationspunkt für alle Interessierten

rund um die Ausbildung auch Hinweise, wer ihm Schutz und Sicherheit bietet. Damit dies immer wieder nachgefragt werden kann und man die Chance hat, sich für die GdP als seine Berufsvertretung zu entscheiden, hat die GdP Hamburg in den ersten Wochen der Ausbildung mit großem und vor allem freiwilligem Engagement eine regelmäßige Präsenz geboten.

Dabei standen vor allem Fragen rund um die vielfältigen Leistungen der GdP im Vordergrund. Unterstützt wurden wir dabei von den Fachleuten der SIGNAL und der PVAG, die in den Fragen rund um Versicherung und Versorgung wichtige Informationen zu angebotenen Produkten liefern konnten.

Jörn Clasen

Anzeige

Notdienst der Glaserinnung Hamburg
für alle Hamburger Bereiche

Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60

Firmenungebundene
Auftragsannahme





DER SOZIALSTAAT IN GEFAHR?

Droht Deutschland eine flächendeckende Altersarmut?

Unter diesem Titel fand am Donnerstag, dem 5. September 2013, die fünfte DGB-Nord Bezirks-seniorenkonferenz im Berufsförderungswerk Hamburg (Hamburg Saal), Hamburg Farmsen, statt.

Senator Dr. Detlef Scheele begrüßte die Delegierten und ging auf das Thema ein und teilte mit, dass ca 10% von den zurzeit in Hamburg lebenden Seniorinnen und Senioren in Altersarmut leben, also nicht von ihrer Rente leben können! Er ging ferner auf die Erwerbsbeschäftigungen wie Leiharbeit, Zeitarbeit etc. ein und sagte, dass sich der Senat für eine Eingrenzung dieser Beschäftigungsformen einsetzt.

In weiteren Redebeiträgen wurde deutlich, welche massiven Probleme es in den kommenden Jahren aufgrund der dramatisch steigenden Altersarmut geben werde. Zurzeit liegt bereits jede 2. Rente unter dem Hartz IV-Satz und somit unter 700 €! Es fehlt das Nötigste zum Leben! Die Zahl der „Aufstocker“ steigt stetig! Da die Rente nicht mehr zum Leben reicht, müssen immer mehr Rentner (überwiegend an die 70 Jahre) einem Nebenjob nachgehen, um den Lebensunterhalt zu finanzieren!

Kollegin Lydia Drenckhahn-Dempewolf ging in ihrem Tätigkeitsbericht der letzten vier Jahre ganz besonders darauf ein, dass die DGB-Senioren das Hamburger Senioren Mitwirkungsgesetz auf den Weg gebracht haben und dieses im Oktober 2012 durch die Bürgerschaft verabschiedet worden ist.

Professor Butterwegge verdeutlichte an vielen Beispielen, woran es liegt, dass die Altersarmut dramatisch voranschreitet. So sagte er u. a.: *„Die Altersarmut wird häufig mit der Alterung unserer Gesellschaft in Verbindung gebracht. Die drohende Verarmung von Millionen älterer Menschen in Deutschland ist aber vor allem auf sinkende Reallöhne, den expansiven Niedriglohnsektor, entsprechende Reformen des Arbeitsmarktes und eine falsche Rentenpolitik zurückzuführen. Mit der der Riester-Reform und weiteren Maßnahmen wurde das*

für den Sozialstaat grundlegende Prinzip der Rentenversicherung aufgegeben!“ Das Rentenniveau muss angepasst werden, die Leiharbeits- und Zeitarbeitsverträge müssen der Vergangenheit angehören, der Spitzensteuersatz muss wieder angehoben werden! Das sind nur einige Forderungen der Gewerkschaften!

Auf dieser Bezirksseniorenkonferenz wurden auch eingebrachte Anträge verabschiedet. So wird gefordert, dass die DGB-Satzung dahingehend geändert wird, dass die DGB-Senioren in Gleichstellung zu den anderen Personengruppen auf allen

DGB-Ebenen an allen Sitzungen und Organen Teilnahme-, Stimm- und Antragsrecht erhalten. Ferner wird gefordert, dass die für Januar 2014 angekündigten HVV-Tariferhöhungen so nicht umgesetzt werden. Auch hier werden die Senioren überproportional betroffen sein! Die DGB-Senioren kämpften schon in den letzten Jahren gegen die Tariferhöhungen! Die DGB-Senioren werden auch diesmal die Erhöhung nicht ohne Protest hinnehmen!

**Klaus-Peter Leiste,
Fachbereichsvorsitzender Senioren**

VERANSTALTUNG

Vormerken: Skat und Kniffel Turnier!

Traditionell wird auch Anfang Dezember wieder gespielt. Uta Behrend lädt im Namen der GdP alle Skat- und Kniffel- Interessierte ein, am

4. Dezember 2013, 16.00 Uhr

in den Räumen der Kantine des Polizeipräsidiums die Spielkarten und Würfelbecher in die Hand zu nehmen und sich mit anderen zu messen.

Bei einem Spieleinsatz von 10 € erhält jeder einen Preis, Anmeldungen an die GdP Geschäftsstelle unter 040/28 08 96 - 0.



MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Unsere nächste Mitgliederversammlung des Fachbereiches Senioren findet

**am 8. Oktober 2013
um 15.00 Uhr**

im Personalrestaurant des Polizeipräsidiums statt.

Zu dieser Mitgliederversammlung haben wir unsere Versicherungsbe-

auftragten der PVAG von der Signal Iduna Gruppe, Frau Irene Struyk und Matthias Pape, eingeladen. Sie werden über neue und interessante „Highlights“ in der Unfallversicherung, zu den Pflegehilfsleistungen, sowie über weitere Versicherungsneuigkeiten berichten. Irene Struyk und Matthias Pape freuen sich auch auf interessante Nachfragen zu den aktuellen Versicherungsprodukten!

Der Fachbereichsvorstand Senioren

